

# IHK FRANKFURT

JAHRESEMPFANG AM 22. JANUAR 2026



**Unternehmerfamilie:** Dagmar Bollin-Flade gibt nach und nach Aufgaben etwa in der Personalverwaltung an ihre Schwiegertochter Anne Flade ab, Sohn Constantin organisiert mit seinem Vater Bernd Flade das Tagesgeschäft Foto Michael Braunschädel

**A**ls Kind ist Constantin Flade im Betrieb seiner Eltern manchmal auf einem Gabelstapler mitgefahren. Die Armaturenfabrik Christian Bollin, die Spezialventile für Chemieunternehmen, Raffinerien und Kraftwerke herstellt, kennt er also von klein auf. Dass Flade mittlerweile selbst der Geschäftsführung angehört, ist dennoch keine Selbstverständlichkeit: Nach seinem Studium habe er zunächst für Opel gearbeitet und auch darüber nachgedacht, Testfahrer für den Autobauer zu werden, sagt der heutige 41 Jahre alte Wirtschaftsingenieur. Seine Eltern hätten ihn stets unterstützt. „Es war nie so, dass ich gezwungen wurde, das Unternehmen zu übernehmen.“

Seine Mutter, Dagmar Bollin-Flade, sagt dazu, wenn weder Constantin noch sein Bruder Alexander das Unternehmen hätten weiterführen wollen, hätte sie es verkauft. Allerdings funktioniert das nicht immer, wie Statistiken zeigen: Die deutschen Industrie- und Handelskammern verzeichneten 2024 rund 10.000 Beratungsgespräche zum Thema Nachfolgesuche, aber nur 4000 Gespräche mit Übernahme-Interessenten. Bis 2030 steht nach Schätzung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in ganz Deutschland in 186.000 Unternehmen ein Generationenwechsel an, in Hessen liegt die Zahl bei 13.600. Außerdem Sprechtagen zum Thema, wie sie auch die IHK Frankfurt Rhein-Main regelmäßig anbietet, kann bei der Suche nach einem Nachfolger das unter anderem von den Kammerbetreuten Onlinevermittlungsportal Next-Change helfen.

Bei der Armaturenfabrik Christian Bollin stellte sich das Problem nicht, denn 2014 stieg Constantin Flade doch in den Familienbetrieb ein – früh genug, dass seine Eltern ihm nach und nach immer mehr Verantwortung übertragen konnten. Seit 2020 hält er die Mehrheit der Unternehmensanteile, die Geschäftsführung teilt er sich aber bis heute mit seiner Mutter, der Enkelin des Unternehmensgründers, und mit seinem Vater Bernd Flade. Beide sind 69 Jahre alt.

Die einschneidendste Veränderung nach Constantins Einstieg war der Umzug des Unternehmens mit 30 Mitarbeitern von Frankfurt nach Oberursel 2017. Das alte Werksgelände in Frankfurt-Sossenheim sei zu klein geworden, Lieferanten von Bollin hätten Vierzigtöner auf der Hauptstraße entladen müssen, sagt Flade. Auch in den Hallen habe es an Platz gemangelt, sodass er zu der Überzeugung gelangt sei: „Wenn das Unternehmen weiter existieren möchte, dann müssen wir an einen neuen Standort wechseln.“ Die Entscheidung für Oberursel habe dann die ganze Familie getroffen.

Ansonsten vollziehe sich der Übergang fließend, sagt Bollin-Flade, die sich um

**RHEIN-MAIN** In mehr als 180.000 deutschen Familienunternehmen steht bis 2030 ein Generationenwechsel an.  
Zwei Beispiele aus dem Kammerbezirk der IHK Frankfurt Rhein-Main.

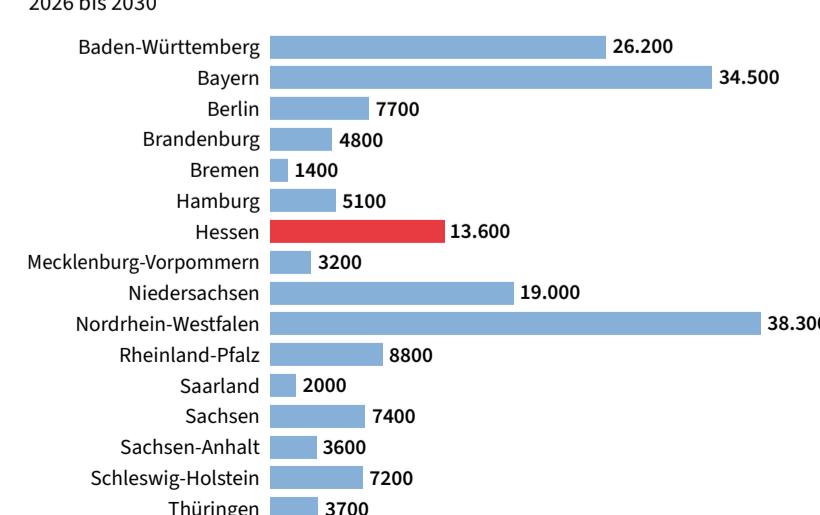
*Von Florentine Fritzen und Barbara Schäder*

mit ihrem Mann entschieden, den elterlichen Betrieb weiterzuführen. Eigentlich hatte sie vorgehabt, nach ihrem Maschinenbaustudium zu promovieren, fürchtete aber, dass sich eine Karriere in der Branche schwer mit ihrem Wunsch nach einer eigenen Familie vereinbaren ließe: „Mir war klar, nach dem Mutterschutz von sechs Monaten hätte ich als Frau im Maschinenbau nur als technische Zeichnerin wieder anfangen können. Wiedereinstiegsprogramme für junge Mütter gab es damals nicht.“

Deshalb habe sie mit ihrem Mann „nach einer durchgesprochenen Nacht“ entschieden, die Armaturenfabrik zu übernehmen. Inzwischen tritt das Ehepaar etwas kürzer – freitags haben Bollin-Flade und ihr Mann frei, und sie gönnen sich auch mehr Urlaub als früher. Dafür halten die beiden in den Schulferien die Stellung, wenn der Junior mit seinen Kindern unterwegs ist. Und so wie früher Constantin fährt auch dessen Jüngster, sechs Jahre alt, gern mal auf dem Gabelstapler mit.

## Zur Übergabe anstehende Unternehmen

2026 bis 2030



Quelle: IfM/F.A.Z.-Grafik: nav.

der „Wunderbar“ im ebenfalls denkmalgeschützten Bahnhof beigebracht.

Auch für den Schützenhof schwiegt der Berater ein Konzept mit Essen und Trinken, Kultur und Musik vor. Zudem bietet Wolter das Ensemble als Hochzeitslocation an. Außer dem Fachwerkhaus mit den roten Eichenbalken gehört ein Anbau aus Backstein aus dem Jahr 1898 dazu. Zur Jahrhundertwende wurde darin getanzt. Der Ballsaal mit den Holzdielen und Wandgemälden verfällt seit Jahrzehnten.

Zusätzlich zum Kaufpreis müssten Investoren also viel Geld in eine Sanierung nach den Vorgaben des Denkmalschutzes stecken. Ein Risiko, wie Wolter weiß. Hinzu kommt die abgeschiedene Lage in einem Dorf unterhalb des Feldbergs hinter Königstein. In solchen Gegenden funktioniert Gastronomie nach Überzeugung des Beraters nur über überregionale Bekanntheit oder eine spezielle Sparte. Aber die Gastronomie leide eben auch unter Personalnot und hohen Kosten. Wolter sagt: „Banken, die bereit sind, denkmalgeschützte Gastronomieprojekte zu finanzieren, sind rar gesät.“

Ende Oktober ist der historische Gasthof für einen Sonntag zum Leben erwacht. Wolter organisierte eine Art Tag der offenen Tür für die Schlossborner und für „musik- und veranstaltungsaffine“ Investoren, die Orte in B- oder C-Lage ohne den Anreiz durch derlei Veranstaltungen nach seiner Erfahrung oft gar nicht erst aufsuchten. Wurst und Apfelwein, ein Jazztrio und eine Multimediaschau zur Geschichte und zu möglichen Zukunft des Schützenhofs hätten über den Tag verteilt etwa 400 Interessierte angelockt. Daraus hätten sich etliche Gespräche ergeben. Auch auf der Leipziger Denkmalmesse hat Wolter das Konzept für den Schützenhof vorgestellt. Bisher ohne Erfolg.

Sollte sich kein neuer Betreiber finden, ginge der Schützenhof in die Statistik der Unternehmen ein, die mit dem Ausscheiden der Alteigentümer verschwinden. Unter den 10.000 Unternehmern, die im Jahr 2024 auf der Suche nach Nachfolgern der Rat der Industrie- und Handelskammern einholten, erwog laut DIHK-Nachfolgereport jeder Vierte eine Beziehungsschließung.

Die Mohrs und ihr Berater Wolter wollen aber noch nicht aufgeben – und sind auch zu Kompromissen bereit: Im Mai 2024 wurde ein Kaufpreis von 1,1 Millionen Euro genannt. Das sei nur als Richtwert gedacht gewesen, der sicherlich nicht zu erzielen sei, sagt Wolter jetzt. Sollte es mit einer Nutzung als Gaststätte nicht klappen, seien die Eigentümer auch bereit, die Suche für Investoren mit anderen Plänen zu öffnen. Schöner fänden es die Mohrs aber, wenn im Schützenhof wieder gekocht, bewirtet, gegessen, getrunken und gefeiert würde.



Flughafen

## Bei Terminal 3 mitziehen

Für die Fraport AG geht es in den nächsten Monaten vor allem darum, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Terminal 3 wie geplant im April ans Netz gehen kann. Bisher haben das Stephanie Pudwitz und Harald Rohr als Geschäftsführer-Team der Fraport Ausbau Süd GmbH trotz Pandemie, Ukrainekriegs und massiver Störungen der globalen Lieferketten so gut hinbekommen, dass auch Fraport-Vorstandschef Stefan Schulte voll des Lobes ist. „Terminal 3 ist keine Baustelle mehr“, stellte er kürzlich fest. Er tat es sichtlich erleut, was verständlich ist, da der vier Milliarden Euro teure Bau als größtes privat finanziertes Infrastrukturprojekt in Europa gilt und letztlich in seiner Verantwortung liegt.

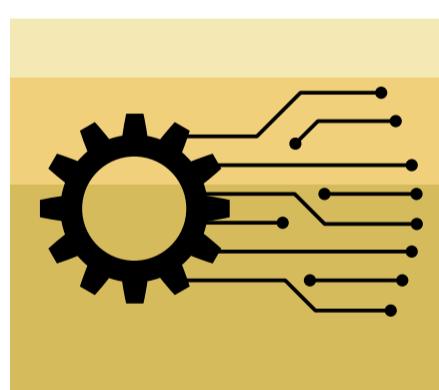
Von der Stadt Frankfurt erwartet sich der Konzern die Unterstützung, die man sich von einem Miteigentümer, der gut 20 Prozent der Fraport-Anteile hält, bei der Realisierung eines solchen Megaprojekts erwarten kann. Dass in der Frankfurter Kommunalpolitik auch die Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Klima und der Fluglärm eine Rolle spielen, ist auch dem Fraport-Management bewusst. Immerhin will Fraport bis spätestens 2045 den Flughafen Frankfurt im Status „Net Zero“, also treibhausgasneutral und CO<sub>2</sub>-frei, betreiben. Der Strommix soll sich weitestgehend aus erneuerbaren Energien zusammensetzen. Als Hauptanteilseigner der Fraport AG steht das Land Hessen hinter dem Fraport-Konzern und seiner Nachhaltigkeitsstrategie, von der Stadt Frankfurt kann man das auch erwarten. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass rund 90 Prozent des Ausstoßes am Flughafen auf den Flugverkehr entfallen. Auch was den Fluglärm betrifft, ist Fraport auf die Airlines angewiesen. Denn je schneller diese auf sparsamere und leise Flugzeuge umstellen, um so schneller gelingt es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und den Fluglärm messbar zu reduzieren. jor.



Finanzwirtschaft

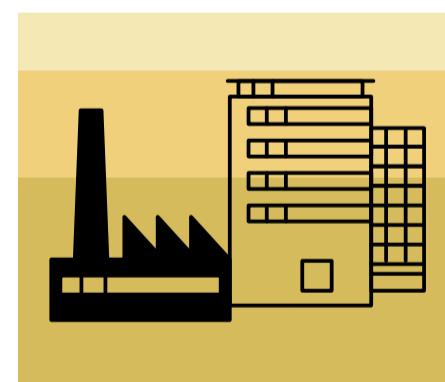
## Warten auf die Schule

Normalerweise äußert sich die Spalte der Europäischen Zentralbank nicht zu kommunalpolitischen Themen. Dass EZB-Präsidentin Christine Lagarde im September in einer schier unendlichen Diskussion doch die Stimme erhob, sollte den zuständigen Politikern deshalb zu denken geben. Lagarde beklagte in ungewöhnlich deutlich Worten, dass für die Europäische Schule immer noch kein Standort gefunden sei, und bezeichnete die provisorische Unterbringung als „beschämend“. Für die EZB, die in Frankfurt Mitarbeiter aus vielen Nationen beschäftigt, ist die Europäische Schule wichtig, und auch bei der Bewerbung um die Anteilsgeldwäschebehörde AMLA, die inzwischen in Frankfurt ihre Arbeit aufgenommen hat, wurde zugesagt, für Kinder von Mitarbeitern Plätze an internationalen Schulen zur Verfügung zu stellen. Dass das nicht funktioniert, wirkt kein gutes Licht auf den Bankenstandort Frankfurt, zumal die Schule ein relevanter Faktor für die Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte im Finanzsektor ist. Die neue Stadtregierung sollte das Thema also schnell angehen – und darüber hinaus im Blick haben, dass die überragende Bedeutung der Finanzbranche für Frankfurt kein Selbstläufer ist, sondern der Finanzplatz weiterentwickelt werden muss. Dazu gehört, bessere Rahmenbedingungen für Finanz-Start-ups und Gründer allgemein zu schaffen und die Interessen der Branche noch besser zu koordinieren. Die Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance sollte dafür besser ausgestattet werden. Zudem machen auch Vertreter der Banken und Finanzdienstleister immer wieder deutlich, dass die Situation rund um den Frankfurter Hauptbahnhof dringend verbessert werden muss. Die Aufenthaltsqualität rund um das Bankenviertel ist beim Werben um Fachkräfte, vor allem aus dem Ausland, ein echter Standortnachteil, der dringend behoben werden muss. ddt.



Digitalwirtschaft

## Energie ist da, Strom fehlt



Industrie

## Mehr Platz für die Produktion

Für Industriebetriebe in Frankfurt fehle es an „Gewerbe- und Entwicklungsfächern“, sagt Andrea Eckert, die Vorsitzende des Industrieausschusses der IHK. Hinzu kämen „Einschränkungen des Wirtschaftsverkehrs – etwa durch den Wegfall von Fahrsprüngen oder den schlechten Zustand von Industriestraßen“. Die Verkehrsbindung spielt auch für die Industrie im Hochtaunuskreis, wo Eckerts eigenes Unternehmen Weppeler Filter ansässig ist, und im Main-Taunus-Kreis eine zentrale Rolle. Überdies fordert Eckert eine Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsprozessen. Zwar sind viele Verfahren durch Bundes- oder Landesrecht geregelt, über Flächennutzungs- und Bebauungspläne entscheiden aber die Kommunen. Überprüft werden sollten nach Auffassung der IHK zudem kommunale Satzungen – damit können Gemeinden Vorschriften zur äußeren Gestaltung von Bauvorhaben machen. Als zu detailliert kritisiert die IHK schon länger die Frankfurter Gestaltungssatzung Freiraum und Klima mit ihren Vorgaben etwa zur Begrünung von Dächern und Fassaden. barb.

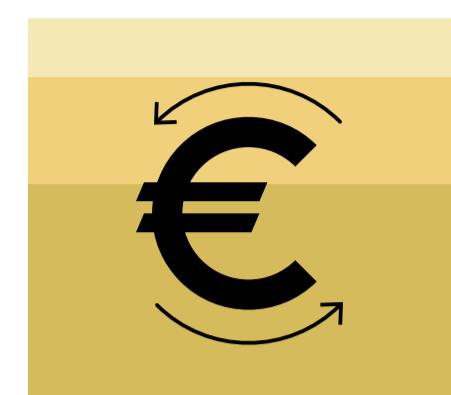
# Was sich die Wirtschaft wünscht

**FRANKFURT** Mehr Gewerbegebäuden, mehr Wohnungen, weniger Bürokratie:

Die Wunschliste der Frankfurter Wirtschaft vor den Kommunalwahlen ist lang.



Achtung, Stufe: Der ÖPNV in der Region gilt als verbesserungsfähig. Foto dpa

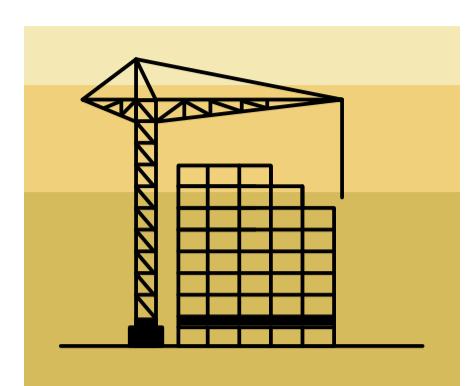


Einzelhandel

## Stadt muss erreichbar sein

Dass immer mehr Verbraucher ihre Einkäufe im Internet erledigen, können die Frankfurter Stadtpolitiker nicht verhindern. Sie können laut Frank Albrecht, dem Vorsitzenden des Einzelhandelsausschusses der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, aber dafür sorgen, dass alle, die es vorziehen, in einem Ladengeschäft einzukaufen, weiter gerne in die Innenstadt kommen. Erreichbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit – das ist der Dreiklang, der in diesem Zusammenhang auch von anderen Handelsvertretern aus der Kammer regelmäßig zu hören ist. Für Albrecht, Seniorchef der Traditionspfumerie Albrecht mit zwei Filialen in der Stadt, geht es dabei nicht nur allein um die gute Verkehrsinfrastruktur der Innenstadt, sondern auch um Parkgebühren. Hohe Preise für das Parken seien ein Hindernis für Konsumenten aus dem Umland, sagt er.

Zudem wünscht sich Albrecht bei Umbauten zu Fahrradstraßen mit Vorrang für Radfahrer wie am Oeder Weg mehr Sensibilität für die Interessen der Einzelhändler. Auf der Prioritätenliste für die Kommunalwahl steht des Weiteren der Wunsch nach mehr Engagement für eine saubere Innenstadt. „Der Zustand mancher Häuser ist nicht gut.“ Konkret schwebt Albrecht ein Projekt zur Beseitigung von Schmierereien an Hauswänden vor. Beim Thema Sicherheit hat sich nach Albrechts Einschätzung („wir lieben auch und meckern nicht nur“) schon viel zum Positiven bewegt. Die Frankfurter Polizei habe ihre Präsenz erhöht. Allein das sorge bereits für eine bessere „gefühlte Sicherheit“ bei den Besuchern. Grundsätzlich ist die Innenstadt nach Ansicht des altgedienten Einzelhändlers auf einem guten Weg. „Die Straßen sind immer voll, es sind viele Touristen in der Stadt. Wir können uns nicht beklagen.“ Allerdings räumt Albrecht ein, dass sich der Modeeinzelhandel seit Corona noch nicht stabilisiert habe. hoff.



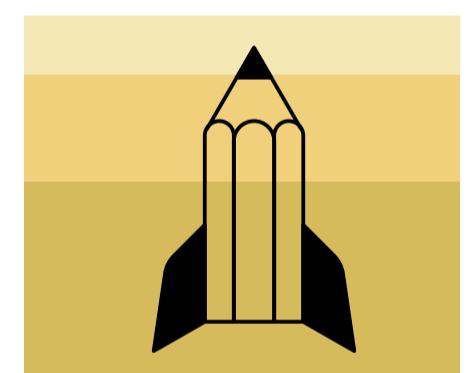
Bau

## Hürden abbauen

Wenn es um die Frage geht, wie der Wohnungsbau wieder angekurbelt werden könnte, kommt aus der Immobilienwirtschaft an erster Stelle die Forderung nach kürzeren Genehmigungs- und weniger Regulierung. Das betrifft die Vorschriften der Hessischen Bauordnung ebenso wie kommunale Satzungen und Beschlüsse. In Frankfurt schreibt der sogenannte Baulandbeschluss in Neubaugebieten hohe Quoten für den geförderten Wohnungsbau vor. Nach Ansicht von Jürgen Conzelmann, Vorsitzender des Bau- und Immobilienausschusses der IHK, ist das ein gravierendes Investitionshemmnis. Der frei finanzierte Wohnungsbau werde dadurch verteuert.

Ein Dorn im Auge sind ihm auch die Milieuschutzsatzungen, die in bestimmten Frankfurter Stadtteilen die Modernisierung von Wohnhäusern erschweren, sowie die geplante Leerstandssatzung, mit der die Stadt ungenutzte Wohnungen ermitteln und wieder dem Markt zuführen möchte. Conzelmann sieht darin unnötige Bürokratie. Er hält es für sinnvoller, die Kapazitäten der Stadtverwaltung auf die Ausweisung neuer Baugebiete zu konzentrieren. Es sei ein Fehler gewesen, das Baugebiet Günthersburghöfe mit rund 1500 Wohnungen im Nordend nicht weiterzuverfolgen.

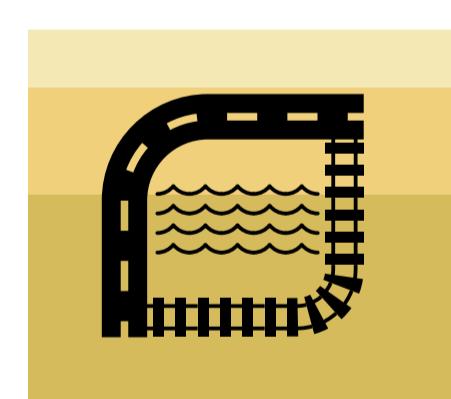
Für 2026 setzt die Bauwirtschaft auf die positiven Wirkungen der Mittel aus dem Sondervermögen. Sie müssten jetzt auch zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden und dürfen nicht dazu dienen, Haushaltslöscher zu stopfen, fordert Jochen Wachenfeld-Teschner, Präsident des Bauindustrieverbands Hessen-Thüringen. Ihm befreit große Sorgen, dass in Hessen der öffentliche Hochbau, der zum Beispiel Schulen, Kulturbauten oder Gerichtsgebäude betrifft, in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 um rund 30 Prozent gegenüber dem ohnehin schon schwachen Vorjahr eingebrochen ist. mu.



Start-ups

## Weniger Symbolpolitik

Dass die Zahl neuer Start-ups im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2024 gestiegen ist, reicht nicht aus, damit Marco Adelt sich freut. Für den Vorsitzenden des Start-up-Ausschusses der Industrie- und Handelskammer Frankfurt muss die Kommunalpolitik vielmehr „den Finger in die Wunde legen“, schauen, was schief läuft: Frankfurt braucht Fokus, nicht das zehnte Förderungsinstrument für Start-ups, wie er es ausdrückt, sondern ein Leuchtturmprojekt, das ausstrahlt und Akteure bindet: Start-ups, Universitäten, Unternehmen, Investoren. Wie viele andere lobt Adelt Future, die Start-up-Factory, die 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat und genau das leisten soll. Die Stadtpolitik müsste sich aber grundlegend ändern. 2024 habe die Stadt trotz eines Haushaltssüberschusses von mehr als 200 Millionen Euro aufgrund sprudelnder Gewerbesteueraufkommen Frankfurter Gründerpreis ausfallen lassen. Für Adelt ein fatales Zeichen. Als der Preis im vergangenen Jahr wieder kam, wurde dann viel Steuer geld für eine PR-Beratung und Medienkampagne ausgegeben, mehr als das Preisgeld des Gründerpreises insgesamt. Adelts Fazit: „Wir haben genug Geld, aber ein Steuerungsproblem.“ Politische Entscheidungen würden zu oft von ideologischen Gedanken geprägt, statt sich an wirtschaftlicher Vernunft und Standortlogik zu orientieren. „Wir haben viel zu wenig wirtschaftlichen Sachverstand im Römer“, sagt er. Das müsste sich dringend ändern. okai.



Verkehr

## Interessen besser abwägen

Erst fragen, dann umgestalten: Diesen Wunsch äußern Gewerbetreibende regelmäßig, wenn wie an der Eschersheimer Landstraße ein neuer Radweg angelegt wird. Denn meist fallen dadurch Parkplätze weg, andere sind schlechter erreichbar, und manche der ersetztweise angelegten Lieferzonen liegen nicht an der passenden Stelle. IHK-Vizepräsidentin Susanne von Verschuer vermisst einen „Abwägungsprozess zwischen wirtschaftlichen Interessen und verkehrlichen Zielen“. Hinzu kommen die vielen Baustellen im Stadtgebiet, die den Verkehr behindern. Eine bessere Kommunikation und mehr Verlässlichkeit sind daher Schlüsselforderungen der IHK.

Auch die Handwerkskammer sorgt sich nach Worten von Hauptgeschäftsführer Christof Riess um die Erreichbarkeit des Bäckers, aber auch um die Parkmöglichkeit für den Installateur, der einen Auftrag beim Kunden erfüllt. Der Nahverkehr wiederum ist für viele Beschäftigte wichtig und entlastet die Straßen. Doch auch hier ist angesichts von unterbesetzten Stellwerken, Personalmangel und Baustellen mehr Zuverlässigkeit gefragt. bie.

**Herr Caspar, die IHK Frankfurt hat in ihrer Kampagne zur Kommunalwahl 2026 das Leitmotiv „Mehr Wirtschaft wagen“ geprägt. Das klingt nach Aufbruch, impliziert aber auch, dass derzeit etwas fehlt. Was genau vermissen Sie in der kommunalen Politik dieser Region?**

Mir fehlt das klare Bewusstsein dafür, dass es gilt, wirtschaftlichen Erfolg aktiv zu ermöglichen. Wachstum entsteht nicht von selbst. Politik sollte Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen begünstigen – für Unternehmen, aber letztlich auch für die Menschen in dieser Region.

**Deutschland gilt als Industrieland, das Rhein-Main-Gebiet als wirtschaftlich stark. Wenn Sie von fehlendem Bewusstsein sprechen: Hat sich der politische Blick auf Wirtschaft in den vergangenen Jahren verändert?**

Wir hatten bundesweit eine Rezession, zugeleich aber in unserer Region zuletzt ein moderates Wachstum gesehen. Das führt bei manchen politischen Akteuren zu dem trügerischen Eindruck, alles sei in Ordnung. Aber Frankfurt und die Region sind eine Wirtschaftsmetropole. Unsere Rolle als Region ist die einer Lokomotive für das gesamte Land. Dafür reichen die aktuellen Wachstumszahlen nicht. Wir sollten Investoren aktiv begleiten – statt sie auszubremsen. Und es ist erforderlich, Engpässe zu beseitigen, etwa den Mangel an Gewerbe- und Wohnflächen. Denn wirtschaftliche Schwäche trifft am Ende vor allem die Kaufkraftschwächsten. Wachstum ist keine elitaire Frage, sondern eine soziale.

**Vieles wird von Bundes- und Landespolitik überlagert. Was kann Kommunalpolitik konkret leisten, um Unternehmen zu stärken?**

Zwei Themen sind entscheidend. Erstens Infrastruktur: Straßen und Schienennwege sollten schneller ausgebaut werden. Fahrspurreduzierungen sind nicht hilfreich. Wir brauchen mehr Kapazitäten, kreuzungsfreie Verkehre, zusätzliche U- und S-Bahn-Verbindungen und attraktive Umsteigepunkte vom Auto in Bahnen. Zweitens digitale Infrastruktur: Es reicht nicht, Glasfaser zu fordern. Wir brauchen auch Rechenzentren. Ohne leistungsfähige physische und digitale Netze ist wirtschaftliches Wachstum nicht möglich.

**Was ließe sich kurzfristig umsetzen?**

Zunächst wäre es wünschenswert, wenn Bund und Land die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, damit notwendige Maßnahmen schneller realisiert werden können. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Verkehrsprojekte zehn Jahre dauern müssen. Auf kommunaler Ebene können wir sofort ansetzen – etwa beim überbordenden Satzungstreit. Statt jede einzelne Regel zu diskutieren, schlagen wir vor, Satzungen zu binden. Was ist zwingend notwendig, was sollte empfehlenden Charakter haben? Mehr Soll- statt Muss-Vorschriften bedeuten mehr Tempo, Innovation und Handlungsspielraum.

**Über Bürokratieabbau wird seit Jahren geredet.**

Und das Ergebnis ist mehr Regulierung. Aktuell sehe ich aber ein Zeitfenster, in dem sich etwas bewegt. Ein Beispiel sind die technischen Baubestimmungen auf Landesebene: Statt einzelne Regeln abzuschaffen, sollen rund 10.000 Vorschriften ihren verpflichtenden Charakter verlieren. Das wäre ein Einschnitt, wie wir ihn bislang nicht erlebt haben. Ich habe den Eindruck, dass Politik erkennt: Ohne große Schritte kommen wir nicht voran.

**Trotzdem entsteht der Eindruck, dass sich Politik lange auf dem wirtschaftlichen Erfolg der Region ausgerichtet hat.**

Der DAX verstellt hier den Blick. 80 Prozent der Umsätze und 90 Prozent der Gewinne der DAX-Konzerne entstehen im Ausland. Er spiegelt nicht die Lage der deutschen Wirtschaft wider, sondern ihre internationale Stärke. Auch steigende Gewerbesteuereinnahmen in Frankfurt senden ein falsches Signal. Ja, der Region geht es gut – aber sie müsste deutlich besser darstellen, um Schwächen in anderen Branchen auszugleichen. Besonders die Industrie steht massiv unter Druck, auch hier.

**Ist die starke internationale Ausrichtung der Unternehmen in Zeiten geopolitischer Unsicherheit ein Risiko?**

Internationale Märkte waren immer volatil. Deshalb geht es darum, dass Unternehmen nicht auf einzelne Länder angewiesen sind. Außerdem von den USA und China gibt es dynamische Wachstumsmärkte in Asien sowie in Mittel- und Südamerika. Voraussetzung, um dort Fuß zu fassen, ist allerdings, dass Unternehmen schnell entscheiden können – und nicht durch Überregulierung gebremst werden.

**Wie nehmen Sie derzeit die Stimmung in den Unternehmen wahr?**

Wir sehen eine Investitionszurückhaltung, vor allem in der Industrie. Gleichzeitig rechnen wir aufgrund der internationalen Anbindung für 2026 mit positiven Entwicklungen in der Region. Auch bundesweit hoffen wir auf einen Aufschwung.



## „Wir müssen Lokomotive sein“

**FRANKFURT** IHK-Präsident Ulrich Caspar fordert, dass sich die Kommunalpolitik nicht auf dem Erfolg der Wirtschaftsregion Frankfurt ausruht – und erklärt, was Betriebe nun brauchen, um erfolgreich arbeiten zu können.

**Frankfurt wird oft als Solitär wahrgenommen, ist aber eingebettet in eine starke Wirtschaftsregion. Welche Rolle spielt die regionale Zusammenarbeit?**

Eine zentrale. Für Menschen und Unternehmen spielen kommunale Grenzen kaum eine Rolle mehr. Beschäftigte, Kunden und Kunden bewegen sich in der gesamten Region. Deshalb setzen wir uns für möglichst wenige Hemmnisse ein – etwa bei Park-and-Ride-Angeboten oder im regionalen Verkehr.

nationale Strahlkraft. Beides steht für Mobilität, Design und Vernetzung – zentrale Stärken dieser Region. Wichtig ist, dass die Rolle der Wirtschaft für die Demokratie thematisiert wird, denn sie ist prägend für die Region. Wir als IHK haben hier entsprechende Vorschläge gemacht.

**Ein zentrales Streithema in Frankfurt ist die Verkehrspolitik. Wird sie aus Ihrer Sicht ideologisch geführt?**

Aus unserer Sicht geht es in der Verkehrspolitik nicht um ideologische Fragen, sondern um praktische Bedarfe. Wir schauen darauf, wie unsere Mitgliedsunternehmen funktionieren und worauf sie angewiesen sind. Die Realität ist, dass viele Menschen in der Region nicht in unmittelbarer Nähe einer U- oder S-Bahn-Station leben. Für sie beginnt der Weg nach Frankfurt mit dem Pkw. Wenn diese Menschen ihr Ziel in Frankfurt mit dem Auto nicht erreichen können, sollten ihnen zumindest attraktive und verlässliche Umsteigemöglichkeiten angeboten werden. Daran fehlt es derzeit häufig. Diese Situation hat auch wirtschaftliche Konsequenzen. Die Umsätze könnten höher sein, die Erträge besser, die Leerstände in der Stadt geringer, wenn insbesondere kaufkräftige Kundinnen und Kunden aus dem Umland Frankfurt problemlos erreichen könnten. Die aktuelle Verkehrspolitik führt dazu, dass dieses Potential nicht ausgeschöpft wird.

**Anschrift der Redaktion und des Verlags:**  
Postanschrift: 60269 Frankfurt am Main  
Hausanschrift: Panierstraße 1, 60486 Frankfurt am Main  
(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen)  
Telefon (0 69) 75 91-0

**Verantwortlich für Anzeigen:**  
Jelisaweta Scherdel, RheinMain.Media,  
Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG,  
Waldfstraße 226, 63071 Offenbach,  
Telefon (0 69) 85 008-307. E-Mail: service@rmm.de

**Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH,  
Frankfurt am Main.**

**Fordert mehr politischen Mut:**  
Ulrich Caspar ist seit 2019 Präsident der IHK Frankfurt am Main.  
Foto Lucas Bäuml

**Welche weiteren Themen nennen Unternehmen im Vorfeld der Kommunalwahl?**  
Der Zustand von Schulen und Berufsschulen wird ebenso häufig kritisiert wie das Bahnhofsviertel – insbesondere mit Blick auf die Sicherheit weiblicher Beschäftigter. Auch die Sauberkeit von Einkaufsbereichen stört viele Unternehmen. Es gibt viele Stellschrauben, bei denen eine wohlhabende Stadt mehr leisten könnte.

**Und im Umland?**  
Im Umland – insbesondere im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis – erleben wir die politischen Entscheidungen oft als wirtschaftsfreundlicher. Gleichwohl werden uns auch dort von Betrieben zwei Themen immer wieder genannt: der Mangel an Flächenausweisungen und Defizite in der Verkehrsinfrastruktur. Beides hängt eng zusammen. Viele Betriebe, die sich erweitern wollen, finden keine geeigneten Flächen. Unternehmen, die neu investieren möchten, finden ebenfalls keine Grundstücke – weder für Gewerbe noch für andere Nutzungen. Gleichzeitig beklagen die Kommunen in diesen Kreisen, dass sie zu geringe Gewerbesteuer- oder Steuereinnahmen haben. Dieser Widerspruch erklärt sich jedoch sehr klar: Wo keine Flächen ausgewiesen werden, können sich auch keine Unternehmen ansiedeln oder erweitern. Hinzu kommt, dass sich viele Kommunen im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis durch die regionale Flächennutzungsplanung eingeschränkt fühlen. Sie sehen zu wenig Spielraum, um neue Bau- und Gewerbegebiete auszuweisen. Auch das ist letztlich ein kommunalpolitisches Thema. Ein Ergebnis dieser Zurückhaltung ist der massive Anstieg der Bodenpreise. Dieser ist kein Naturereignis, sondern das Resultat eines zu geringen Angebots bei gleichzeitig hoher Nachfrage. Für das Angebot an Flächen haben die Kommunen jedoch faktisch ein Monopol. Wenn dieses Monopol nicht genutzt wird, verschärfen sich die Probleme – für Unternehmen ebenso wie für Beschäftigte und für den gesamten Wohnungsmarkt der Region.

**Was stimmt Sie trotz allem optimistisch?**  
Unsere internationale Anbindung, die Stärke der Finanzwirtschaft und die Chancen auf dem Feld von Digitalisierung und KI. Wenn wir diese Stärken konsequent nutzen, hat dieser Standort eine sehr gute Zukunft.

Das Gespräch führte Daniel Schleidt.

**Der Zustand des ÖPNV macht das nicht besser.**

Wir wünschen uns einen ÖPNV, der pünktlich, sauber und zuverlässig ist, so wie ein Bahnhofsumfeld, das als sicher und attraktiv wahrgenommen wird. Das ist keine Einzelmeinung der IHK, sondern

**RHEIN-  
MAIN**

**Frankfurter Allgemeine  
METROPOL**  
WIRTSCHAFT IN HESSEN



## Das Geschehen in Ihrer Region für Sie im Blick.

**F.A.Z. Metropol: das Wirtschaftsmagazin für Entscheider in Hessen.**

- Ihr Überblick über die relevanten wirtschaftspolitischen Entwicklungen und Trends.
- Wertvolle Orientierung und Impulse zur regionalen Unternehmenswelt dank vertiefenden Hintergründen und exklusiven Einblicken.
- Neues in der Metropolregion entdecken mit Empfehlungen für Kultur und Freizeit.



QR-Code scannen oder kostenlos abonnieren unter  
[faz.net/metropol](http://faz.net/metropol)

# Jahresempfang der IHK Frankfurt

## Eine Region in Zahlen

**1,22 Mio.**

Einwohner leben im Kammerbezirk der IHK Frankfurt.

**11,1 Mio.**

Übernachtungen und 6,4 Millionen Übernachtungsgäste registrierte Frankfurt im Jahr 2024, das war neuer Rekord innerhalb eines Jahres.

**6,2**

Prozent betrug die Arbeitslosenquote im IHK-Bezirk im 4. Quartal 2025. Während sie in Frankfurt bei 6,9 Prozent liegt, kommen die Landkreise Hochtaunus (4,7) und Main-Taunus (5,3) auf geringere Werte.

**RHEIN-MAIN** Flughafen, Autobahnkreuze, Messen: Der Kammerbezirk der IHK Frankfurt gibt den Pulsschlag der Region vor.

Von Boris Wilde (Grafik) und Daniel Schleidt (Daten)

**105.000**

Unternehmen gibt es im IHK-Bezirk, davon rund zwei Drittel in Frankfurt.

**207**

Messen, Ausstellungen, Kongresse und Events finden jährlich allein am Messeplatz Frankfurt statt. Dieser verzeichnete 1.066.673 Besucher im Jahr 2024, davon reisten 500.850 aus dem Ausland an.

**63,2 Mio.**

Fluggäste begrüßte der Frankfurter Flughafen im Jahr 2025. Das ist ein Plus von 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und ein Anteil von knapp einem Drittel aller deutschen Verkehrsflughäfen.

**11.400**

Auszubildende gab es 2024 in den Betrieben im IHK-Bezirk Frankfurt.

**500.000**

Zugreisende in über 1000 Zügen nutzten im Jahr 2024 täglich den Frankfurter Hauptbahnhof.

**473.000**

Pendler fahren an Arbeitstagen im Schnitt aus der Region nach Frankfurt rein.

**850.000**

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte waren 2024 in Frankfurt, im Hochtaunus- und im Main-Taunus-Kreis tätig.

**2,6 Mio.**

Pendler waren im Jahr 2024 täglich auf den Straßen und den Schienen des gesamten Rhein-Main-Gebiets unterwegs.

**370.000**

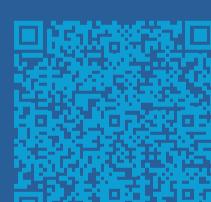
Fahrzeuge überqueren täglich das Frankfurter Kreuz. Es ist einer der meistbefahrenen Straßenknotenpunkte Europas.

Quellen: IHK Frankfurt, Perform Zukunftsrregion Frankfurt/Rhein-Main, Hessisches Statistisches Landesamt.

**„Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Sie lernen in Berufsschulen.“**

Darum:

Berufsschulen sanieren, digitalisieren, stärken!



**Ausbildung macht mehr aus uns**



Industrie- und Handelskammer  
Frankfurt am Main



**UNSERE AUSBILDUNG.  
EURE AUFGABE.**

**#KÖNNENLERNEN**  
zur Kommunalwahl 2026



**Wirtschaft.  
Wählt.  
Zukunft.**